

TOP 40: Nach dem Referendum Großbritanniens – S-H in der EU

Drucksache: 18/4401

Beginn: Mittwoch, 20. Juni, 10:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

seit unserer letzten Debatte zu Europa im April dieses Jahres ist nur wenig Zeit vergangen, und leider haben die bitteren Ereignisse der letzten Wochen gezeigt, dass die Kritik meiner Fraktionen an dem utopischen Antrag der Koalitionsfraktionen im April berechtigt war.

Es ist noch viel schlimmer gekommen, als wir damals befürchtet hatten. Der Brexit hat zur Folge, dass Schuldzuweisungen der anderen 27 schnell zur Hand waren – die Bundeskanzlerin, die vielen Flüchtlinge u.v.m. werden genannt, wie auch die „dummen Briten, die erst nach dem Austrittsvotum die Konsequenzen ihrer Entscheidung verstanden haben.

Das Attentat in Nizza, der gescheiterte Militärputsch im EU-Beitrittskandidaten(land) Türkei und dessen Folgen (Säuberungswelle gegen Tausende von Bürgern etc., Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe) sind eine neue Dimension nicht nur für Europa, die in der heutigen Debatte nicht umfassend zu beleuchten sind.

Europa ist in denkbar schlechter Verfassung, und keiner kann die Frage beantworten, ob und wann die europäische Union sich auf einen Zweckbündnis von Nationalstaaten bzw. Regierungschefs reduziert und ob und wann Rechtspopulisten und Rechtsextremisten auf demokratischen Weg die Einheit und Freiheit Europas beschädigen und somit mehr als 70 Jahre Frieden ein Ende finden werden.

Ich will mich auf zwei Fragen konzentrieren:
Was bedeutet Demokratie, und wie können wir sie verteidigen?
Die Bürger haben das Vertrauen in die EU verloren – wie können wir es zurückgewinnen?

Willy Brandt ist mit seiner Forderung“ Mehr Demokratie wagen“ in die Geschichte eingegangen.

Dieser Satz von ihm wäre nach der Brexit-Entscheidung
Englands erneut mehr als notwendig!

Zitat Willy Brandt: Regierungserklärung von BK Brandt vor dem
Deutschen Bundestag in Bonn am 28. Oktober 1969

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere
Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach
Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß
nicht nur durch Anhörungen im Bundestag sondern auch
durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen
Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende
Unterrichtung über die Regierungs-politik jeder Bürger die
Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft
mitzuwirken“

Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen,
In den ersten Stellungnahmen des Vorsitzenden des
Europaparlaments,
des Kommissionspräsidenten, der EU Außenminister und auch
hiesiger Landespolitiker, fehlt genau dies: „Keiner von ihnen
ruft dazu auf, mehr Demokratie zu wagen und diese zu
verteidigen!“

Das Entsetzen über die Absicht Erdogans, die Todesstrafe
wieder einzuführen macht deutlich, dass diese EU – und jene
Politiker, die die Türkei jetzt auffordern an demokratischen
Grundwerten festzuhalten, seit Monaten, ja seit Jahren die
innen- und außenpolitische Entwicklung in der Türkei ignoriert
haben.

Zu wichtig war – und ist – der Wunsch der EU-Staaten sich
gegen Flüchtlinge abzuschotten. Dafür hat man beide Augen
zgedrückt und mit dem Autokraten Erdogan einen einen
unsäglichen Flüchtlingsdeal ausgehandelt.

Welchen Wert hat das Bekenntnis zur Demokratie, wenn
Kanzleramtsminister Altmaier unterstreicht, dass die politische
Säuberung – die Erdogan angekündigt hat – keinerlei
Auswirkungen auf die Umsetzung des EU-Türkei-Deals haben
wird?

Demokratie darf kein Lippenbekenntnis sein!
Wer gegenüber der Türkei die Einhaltung demokratischer
Werte fordert, der muss auch bereit sein, die demokratische
Entscheidung der Engländer und Waliser zu akzeptieren.
Wer von Erdogan die Einhaltung demokratischer Rechte
fordert, der muss auch bereit sein, dem Europäischen
Parlament die klassischen Parlamentsrechte zu gewähren.

Diese Demokratiefrage müssen wir jetzt den europäischen Staats- und Regierungschefs stellen!

Demokratie hat auch mit Vertrauen zu tun. Und deshalb muss die Frage heute erlaubt sein: wer hat denn das Vertrauen der Bürger in die EU und in die Demokratie verzockt?

Die ehrliche Antwort ist unbequem:

Es sind die Nationalstaaten! Es sind die Staats- und Regierungschefs, die zum Beispiel die EU-Kommissare nur nach Parteibuch, wirtschaftlichen und politischen Einfluss ernannt haben.

Heute stehen wir vor der entscheidenden Frage: wagen wir mehr Demokratie für Europa und sind bereit dafür die nationale Souveränität einzuschränken?

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben aus ihren bisherigen Fehlern nichts gelernt - auch nicht aus dem Brexit!

Mit ihren national-chauvinistischen Strukturen haben sie sich kurz danach in der Glyphosatfrage über die Kritiker hinweggesetzt. In der Causa CETA wollte Kommissionspräsident Juncker – eingemauert in seinen Machtstrukturen – die nationalen Parlamente entmündigen.

Dies sind nur 2 Beispiele dafür, wie die EU über die Köpfe der europäischen Bürger hinweg entscheidet und somit das Vertrauen in die europäischen Institutionen verspielt.

Europa braucht den Mut zu mehr Demokratie, und das bedeutet die europäischen Verträge zu korrigieren.

Europa braucht – jetzt – ein Verfassungskonvent, dessen Mitglieder von den europäischen Bürgern gewählt werden. Ohne die demokratische Legitimation durch die Bürger ist die EU zum Scheitern verurteilt.

Denn die derzeitigen Strukturen sind demokratiefeindlich und schädlich. Nur wenn diese beibehalten werden, können die platten Sprüche wie von der AFD und anderen Rechtsextremisten und Populisten Stimmen erzielen!

Mehr Demokratie wagen – das stünde auch uns in Schleswig-Holstein gut zu Gesicht. Demokratie und Vertrauen bedingen einander.

Warum vertrauen wir nicht den Menschen über die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein abzustimmen?

Was sind die Auswirkungen des Brexit auf Schleswig-Holstein?

Fangen wir an Willy Brandts Versprechen von 1969 umzusetzen, denn selbst uns in Schleswig-Holstein fehlt das Vertrauen in die eigene Bevölkerung!